

WETTBEWERB

Neuer Systemwettbewerb: Was der Westen besser machen kann

von Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Der Aufstieg Chinas und die Reaktionen der westlichen Welt darauf haben einen neuen Systemwettbewerb eröffnet und den Glauben an das „Ende der Geschichte“ erschüttert. Das demokratische Europa ist zunehmend zerstritten und die USA verfolgen eine Politik des Protektionismus und der nationalen Alleingänge. China hingegen erreicht seine dynamische Entwicklung mit



Huotari

einem interventionistischen Staatskapitalismus, einer Einheitspartei mit politischem und ideologischem Machtanspruch und schwach ausgeprägter individueller Freiheit sowie Meinungs- und Pressefreiheit.

War im alten Systemwettbewerb in Zeiten des Kalten Krieges das marktwirtschaftliche System gegenüber der Planwirtschaft als klar überlegen hervorgegangen, stellt der neue Systemwettbewerb die westlichen, liberal-marktwirtschaftlichen Demokratien vor neue Herausforderungen. Statt die protektionistische und interventionistische Strategie Chinas zu kopieren und damit die internationalen Handelskonflikte weiter anzufachen, sollte der Westen darauf dringen, dass China die Regeln des Welthandelssystems einhält und seine Wettbewerbsfähigkeit durch attraktive Rahmenbedingungen für Forschung, Bildung und Investitionen sichert und ausbaut.

China hat sich zu einem ernsthaften Konkurrenten für den Westen entwickelt. Mit Projekten wie der „Neuen Seidenstraße“ und „Made in China 2025“ demonstriert es seinen globalen Machtanspruch und seinen Willen, die Technologieführerschaft in wichtigen Bereichen zu übernehmen.

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org

Dabei hat das Land aufgrund seiner Größe komparative Vorteile. Gleichzeitig schwindet der Vorteil niedriger Löhne, so dass China Gefahr läuft, auf dem Niveau eines mittleren Einkommens stecken zu bleiben („middle income trap“). „Die chinesische Führung selbst sieht das System in der Krise und sorgt sich insbesondere um die Finanzstabilität“, sagt Mikko Huotari vom Mercator Institute for China Studies. „Die aufgrund des Handelsstreits zwischen China und den USA verlangsamte weltwirtschaftliche Dynamik bedeutet zusätzlichen Druck für das chinesische System“, so Huotari.

Die im Frühjahr 2019 von Bundeswirtschaftsminister Altmaier vorgelegte Industriestrategie hat eine Diskussion über die richtige Reaktion auf den neuen Systemwettbewerb entfacht. „Angesichts der hohen Subventionen in China müssen wir auch in Deutschland mehr Marktinterventionen zulassen und chinesische Aktivitäten



Marin

wie etwa Firmenkäufe einer kritischen Überprüfung unterziehen“, fordert Dalia Marin von der TU München. „Eine öffentlich geförderte europäische Batteriezellenfertigung würde Europa unabhängiger von chinesischen Importen machen und Agglomerationseffekte durch die Ansiedlung von Unternehmen nach sich ziehen“, so Marin.

Dirk Dohse vom Institut für Weltwirtschaft Kiel warnt jedoch: „Wir sollten nicht mit öffentlichen Mitteln Produktionen subventionieren, die Unternehmen aus eigenem Antrieb nicht aufbauen. Besser ist es, sich auf die eigenen Stärken zu besinnen und die Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand zu verbessern, z. B. durch technologieoffene Finanzierung von Forschung und Entwicklung.“

Für Deutschland wäre aufgrund seiner hohen weltwirtschaftlichen Verflechtung eine Abschottung gegenüber China mit deutlichen wirtschaftlichen Einbußen verbunden. „Wir haben ein Interesse, am gegenseitigen Austausch mit China festzuhalten“, betont Hanns Günther Hilpert von der Stiftung Wissenschaft und Politik.



Hilpert

„Je stärker China wächst, desto mehr nimmt allerdings der Druck auf die Weltmärkte durch China zu, da es vermehrt auf Interventionen zurückgreift und sich nicht an international vereinbarte Regeln hält“, so Hilpert weiter. Umso wichtiger wird es, gegen chinesische Verstöße gegen die Welthandelsordnung vorzugehen und auf fairen Marktzugang in China zu drängen. Dies ist auch wichtig, da China auf Drittstaaten, insbesondere in Afrika, zunehmend zum Wettbewerber des Westens bei Industrieprodukten wird. Angesichts der Wettbewerbsvorteile, die China durch seine interventionistische Politik in einigen Bereichen hat, kann es notwendig sein, in sensiblen Feldern wie der Künstlichen Intelligenz oder der Überwachungstechnik die Grenzen neu zu ziehen und Unternehmensübernahmen kritisch zu prüfen.



Dohse

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Panels „Autoritärer Staatskapitalismus oder Demokratie und Marktwirtschaft“ im Rahmen der Jahrestagung 2019 des Vereins für Socialpolitik mit Prof. Dr. Dirk Christian Dohse (IfW Kiel), Mikko Huotari (Mercator Institute for China Studies), Dr. Hanns Günther Hilpert (SWP) und Prof. Dr. Dalia Marin (TU München). Moderation: Patrick Bernau (FAS).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12, 10178 Berlin